

DGB Bundesvorstand | Henriette-Herz-Platz 2 | 10178 Berlin

Frau
Präsidentin Sylvia Löhrmann
Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister
der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
Taubenstraße 10
10117 Berlin

Elke Hannack
Stellvertretende Vorsitzende

**Zunehmender Einfluss von Rüstungsindustrie und Militär auf Hochschulen
und Schulen**

30. September 2014

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

mit großer Sorge sehen die Gewerkschaften die wachsenden Aktivitäten der Rüstungsindustrie sowie der Bundeswehr an Hochschulen und Schulen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) steht für das Menschenrecht auf Bildung. Dies kann nur durch eine Erziehung zum Frieden geschehen.

Die Gewerkschaften sehen die teils aggressive, teils verdeckte Werbung der Bundeswehr an Bildungseinrichtungen äußerst kritisch. Dabei werden die Aufgaben und Belastungen des Soldatenberufs gezielt verharmlost. Die Werbung für Actioncamps und Abenteueraufenthalte täuscht über die Realität der Soldatinnen und Soldaten insbesondere bei Auslandseinsätzen hinweg. Junge Menschen werden durch den alleinigen Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen einseitig beeinflusst, der Beutelsbacher Konsens kommt hier nicht zum Tragen.

Auch die zunehmende Militarisierung von Forschung und Lehre sieht der DGB kritisch. Drittmittelaufträge für wehr- und sicherheitstechnische Forschung an öffentlichen Hochschulen bleiben geheim. Militär und Rüstungsindustrie gewinnen im Zuge der fortschreitenden Abhängigkeit von privaten Drittmittelgebern weitgehenden Einfluss. Rüstungskonzerne vergeben Forschungsarbeiten und finanzieren Stiftungsprofessuren, Jugendoffiziere bieten Veranstaltungen an, die sich Studierende anrechnen lassen können.

Der DGB unterstützt deshalb ausdrücklich die Ziele der Kampagne „Lernen für den Frieden“, deren Unterschriften am 9. Oktober 2014 im Umfeld der Sitzung der Kultusministerkonferenz (KMK) übergeben werden. Auf seinem 20. Ordentlichen Bundeskongress im Mai 2014 in Berlin hat der DGB zur Friedenspolitik u. a. folgende Forderungen erhoben:

- Der DGB fordert die Länder auf, bestehende Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu kündigen. Er sieht in den Lehrkräften die Fachkräfte, die

**Für weitere Absprachen
wenden Sie sich bitte an:**

Matthias Anbuhl
Abteilungsleiter
Bildungspolitik und Bildungsarbeit

matthias.anbuhl@dgb.de

Telefon: 030 24060-297
Telefax: 030 24060-410
Mobil: 0151 16730271

BIL / man

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

www.dgb.de

unter Beachtung des Beutelsbacher Konsenses am besten geeignet sind, Friedensbildung frei von den Interessen Dritter zu vermitteln.

- Der DGB fordert Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf, sich über Zivilklauseln auf die Forschung zu zivilen und friedlichen Zwecken zu verpflichten. Der Abhängigkeit der Wissenschaft von privatwirtschaftlichen Geldgebern muss durch eine auskömmliche öffentliche Finanzierung entgegengewirkt werden. Grundsätzlich sollen die Verwendung von Drittmitteln und ihre Finanzierer offengelegt werden.

In diesem Sinne hoffe ich auf ein starkes Signal der KMK für eine Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik, die einen echten Beitrag zur friedlichen Lösung der Probleme und Konflikte in dieser Welt leistet.

Für ein Gespräch stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Elke Hannack